

Sicherheitsdirektion (SID)
Rathausstrasse 2
Postfach
4410 Liestal

Vernehmlassung betreffend Änderung des Polizeigesetzes und des Gesundheitsgesetzes: Bedrohungsmanagement, Entbindung Schweigepflicht

Sehr geehrter Herr Regierungsrat Reber

Für die Möglichkeit der Stellungnahme bedanken wir uns herzlich.

Die Grünliberale Partei unterstützt grundsätzlich die Änderung des Polizeigesetzes (PoIG) betreffend vorausschauender Polizeiarbeit zur möglichen frühzeitigen Erkennung von Straftaten.

Betreffend Bedrohungsmanagement muss jedoch in den folgenden Punkten noch Klarheit geschaffen werden:

1. Wie sind die zukünftigen Schnittstellen im Vergleich zur bisherigen Praxis der Gutachten zur Ausführungsgefahr und wie werden diese geregelt?
2. Wie ist der Ermessensspielraum, wann das Bedrohungsmanagement aktiviert wird? Gibt es Leitlinien hierzu?
3. Was passiert mit den übergebenen Daten bei Einstellung eines Verfahrens bzw. Freispruch eines Angeklagten? Wie wird sichergestellt, dass diese Daten am übergebenen Ort vernichtet werden?

Betreffend der Änderung des Gesundheitsgesetzes (GesG) sehen wir Gefahren der Verletzung des Patientenrechts. Es ist für uns nicht ersichtlich, ob der Patient/die Patientin informiert wird, wenn das zuständige Medizinalpersonal im betroffenen Fall von der Schweigepflicht entbunden wird.

Für eine Berücksichtigung unserer Anmerkungen danken wir bestens und grüssen Sie freundlich.



Hector Herzig
Präsident glp BL



Regula Steinemann
LR und VS Mitglied glp BL